C: Verordnungen, Rundverfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung Braunschweig

14.

Verordnung

**über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes
für die Versorgungsanlagen „Halchter-Ohrum“
der Stadtwerke Wolfenbüttel GmbH.**

Aufgrund der §§ 39, 40, 41, 115 Abs. 2 und 140 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) in der Fassung vom 01. 12. 1970 (Nds. GVBl. S. 457) und der §§ 19 und 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) in der Fassung vom 16. 10. 1976 (BGBl. I S. 3017) wird verordnet:

§ 1

Zugunsten der Versorgungsanlagen „Halchter-Ohrum“ der Stadtwerke Wolfenbüttel GmbH wird zum Schutz der Gewässer vor nachteiligen Einwirkungen im Interesse der derzeit bestehenden oder künftigen öffentlichen Wasserversorgung ein Wasserschutzgebiet zum Wohle der Allgemeinheit festgesetzt.

§ 2

Gliederung und ungefähre Grenzbeschreibung des Wasserschutzgebietes:

1. Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die Schutz-zonen I (Fassungsbereich), II (engere Schutzzone) sowie III A und III B (weitere Schutzzone).

2. Ungefähre Grenzbeschreibung (siehe anliegenden Übersichtsplan): Das Wasserschutzgebiet wird im wesentlichen begrenzt im Osten durch die Oker zwischen Wolfenbüttel und der Kläranlage Kissenbrück. Hier schwenkt die Grenze bis Hedwigsburg und stößt dann im Süden auf die Grenzen des Wasserschutzgebietes Dorstadt des Elm-Asse-Verbandes. Die nördliche Grenze des Wasserschutzgebietes des Elm-Asse-Verbandes ist gleichzeitig die südliche Grenze des Wasserschutzgebietes „Halchter-Ohrum“. Im Westen bildet im wesentlichen die Kammlage des Oderwaldes die Grenze bis zum Webertkamp. Hier schwenkt die Linie nach Nordosten ein und verläuft dann im Süden der bebauten Ortslage des Kernstadtgebietes der Stadt Wolfenbüttel. Die Ortschaften Halchter, Ohrum und Dorstadt sind in das Wasserschutzgebiet eingeschlossen. Sie liegen an der Ostseite des Wasserschutzgebietes.

Die genauen Grenzen des Wasserschutzgebietes und seiner Zonen, die durch rote Linien dargestellt sind, ergeben sich aus Karten, die Bestandteile der Ver-ordnung sind.

§ 3

Die Veröffentlichung der Karten im Verkündungsblatt (Verkündung) wird nach § 39 Abs. 4 NWG dadurch ersetzt, daß eine Ausfertigung der Karten bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Wolfenbüttel aufbewahrt wird. Jedermann kann dort die Karten auf Verlangen während der Geschäftsstunden kostenlos einsehen. Weitere Ausfertigungen befinden sich bei der Bezirksregierung Braunschweig und beim Wasserwirtschaftsamt Braunschweig.

§ 4

In dem Wasserschutzgebiet sind folgende Handlungen nach Maßgabe der nachstehenden Aufstellung in den jeweiligen Zonen verboten (v) oder beschränkt zulässig (b), wobei bereits rechtmäßig ausgeübte Handlungen und Nutzungen sowie rechtmäßig bestehende Anlagen von den nachstehenden Verboten und Beschränkungen nicht betroffen werden.

Lfd. Nr.	I	II	III A	III B
1 Betriebe mit Abstoß wassergefährdender Stoffe (Abwasser, Kühlwasser, Abfall u. dgl.) z. B. Ölraffinerien, Metallhütten, chem. Fabriken	v	v	b	b
2 Ablagern wassergefährdender Stoffe (zum Zwecke ihrer Entledigung), z. B. von Giften, auswaschbaren beständigen Chemikalien, Öl, Teer, Phenolen, Rückständen von Erdölbohrungen, chemischen Mitteln für Pflanzenschutz	v	v	v	v
3 Neuansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben mit Verwendung von wassergefährdenden Stoffen	v	v	b	b
4 Tierhaltung				
a) die über den Rahmen des Bewertungsgesetzes — BewG 1965 — (BGBl. I S. 1861) in der jeweils gültigen Fassung hinausgeht	v	v	b	b

Lfd. Nr.	I	II	III A	III B
b) über 3 Großvieh — Düngeeinheiten je ha landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) und Jahr — (Berechnungsgrundlage Gülle)	v	v	—	—
c) 2—3 Großvieh — Düngeeinheiten je ha LN und Jahr	v	b	—	—
5 Abwasserlandbehandlung, -verregnung, -versickerung, -schlammverregnung	v	v	v	b
6 Versenkung oder Versickerung des von Straßen und Verkehrsflächen abfließenden Wassers	v	v	v	b
7 a) Neue geschlossene Wohnsiedlungen, wenn das Abwasser nicht vollständig in eine kommunale Kanalisation eingeleitet wird	v	v	v	b
b) Anlage neuer Wohnbebauung, Gewerbe-, Industrie-, Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe	v	v	b	b
8 Krankenhäuser, Heilstätten	v	v	v	b
9 a) Lagerung wassergefährdender Stoffe	v	v	b	b
b) Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten entsprechend den Bestimmungen der VO über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 21. 01. 1971 (Nds. GVBl. S. 5) in der jeweils gültigen Fassung. Sofern die dort enthaltenen Bestimmungen nicht eingehalten werden:	v	v	v	—
10 Neuanlage von Umschlags- und Vertriebsstellen für Heizöl, Benzin, Dieselöl, für alle übrigen wassergefährdenden Stoffe	v	v	b	b
11 Flugplätze, An- und Abflugschneisen, Luftlandeplätze, Notabwurfplätze	v	v	v	—
12 Anlagen, Manöver und Übungen von Streitkräften und ähnlichen Organisationen	v	v	b	b
13 a) Abfall- und Schuttkippen, Deponien	v	v	v	v
b) Lagerplätze für Autowracks	v	v	b	b
c) Schrottplätze	v	v	—	—
14 Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen)	v	v	b	b
15 Entleerung von Wagen der Fäkalienabfuhr	v	v	v	b
16 Direkte Versickerung oder Versenkung von Kühlwasser	v	v	v	b

Lfd. Nr.	I	II	III A	III B	Lfd. Nr.	I	II	III A	III B	
17					31		v	v	—	—
Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem, wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird (Baugruben unter 1000 qm und 3 m Tiefe ausgenommen)	v	b	b	b	32					
18	v	v	v	b	a) Organische Düngung, wenn das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten wird (Überdüngung)	v	v	v	v	
19	v	v	b	—	b) Aufbringen von Gülle und Jauche vom 01. 10.—28. 02.	v	v	—	—	
20					Aufbringen von Gülle und Jauche vom 01. 03.—30. 09.	v	b	—	—	
Kleingärten, Gartenbaubetriebe	v	v	—	—	c) Aufbringen von Stallmist	v	b	—	—	
21	v	v	—	—	33	v	v	—	—	
Gärfuttersilos	v	v	—	—	Zwischenlagerung von Stallmist					
22					34	v	v	—	—	
a) Neubau von Straßen und sonstigen Verkehrsanlagen	v	v	b	—	Gärfuttermieten					
b) Umbau von Straßen und sonstigen Verkehrsanlagen	v	b	b	—	35	v	v	—	—	
23	v	v	v	—	Transport wassergefährdender Flüssigkeiten					
Rangierbahnhöfe					36	v	v	—	—	
24	v	v	b	—	Durchleiten von Abwasser					
Campingplätze					37	v	v	b	—	
25	v	v	b	—	Offene Lagerung chemischer Mittel für Pflanzenschutz und von Mineraldünger im Freien, ausgenommen Thomaskalk					
Neue Sportanlagen					38					
26					Anwendung chemischer Mittel für Pflanzenbehandlung im Rahmen des Pflanzenschutzgesetzes vom 10. 05. 1968 (BGBl. I S. 352) und der dazu ergangenen Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung					
Verwendung von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- und Wasserbau (z. B. Teer, manche Bitumina und Schlacken)	v	v	b	—	a) Pflanzenbehandlungsmittel, die keiner Anwendungsbeschränkung unterliegen	v	—	—	—	
27	v	v	—	—	b) zustimmungsbedürftige Pflanzenbehandlungsmittel	v	v	b	—	
Zelten, Lagern, Baden in Gewässern					c) Pflanzenbehandlungsmittel mit Anwendungsverbot	v	v	v	v	
28					39	v	—	—	—	
Waschen von Kraftfahrzeugen und Ölwechsel außerhalb geschlossener Ortslagen oder wenn ausreichende und dauerhafte Sicherungen zum Schutz des Grundwassers nicht vorhanden sind	v	v	v	v	Außerbetrieblicher Fahr- und Fußgängerverkehr					
29					40	v	—	—	—	
Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Einschnitte, Steinbrüche, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden	v	b	b	b	Landwirtschaftliche Nutzung					
30					41	v	v	—	—	
Bergbau, wenn er zur Zerreißung schützender Deckschichten, zu Einmuldungen oder zu offenen Wassersammlungen führt	v	v	—	—	Fischerei mit intensiver Zufütterung					
					42	v	v	b	—	
					Wärmepumpenanlagen mit Wärmeentzug aus dem Grundwasser oder aus dem Erdreich oder bei denen abgekühltes Wasser in den Untergrund eingeleitet wird					
					43	v	v	—	—	
					Gewässerunterhaltung durch Anwendung chemischer Mittel Zusatz: In Gewässern, die den Schutzzonen I und II zufließen, ist die Anwendung 3,0 km gewässeraufwärts ebenfalls verboten					

§ 5

Von den Verboten des § 4 kann die Bezirksregierung Braunschweig — obere Wasserbehörde — auf Antrag Ausnahmen zulassen, wenn die Belange des Trinkwasserschutzes dadurch nicht beeinträchtigt werden.

§ 6

Die nach § 4 beschränkt zulässigen Handlungen dürfen nur mit Genehmigung des Landkreises Wolfenbüttel — untere Wasserbehörde — vorgenommen werden.

Die Genehmigung nach Abs. 1 darf nur versagt werden, wenn zu befürchten ist, daß durch die beabsichtigte Handlung auf die durch diese Verordnung geschützten Versorgungsanlagen nachteilig eingewirkt werden kann und solche Nachteile auch nicht durch Auflagen und Bedingungen verhütet werden können.

§ 7

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der im Wasserschutzgebiet liegenden Grundstücke haben zu dulden, daß Beauftragte der Wasserbehörde und der von dieser ermächtigten Stellen sowie Bedienstete der Samtgemeinden Asse und Oderwald nach vorheriger Ankündigung die Grundstücke betreten, um die Einhaltung der Schutzbestimmungen nach § 4 zu überprüfen und um Maßnahmen durchzuführen, die zum Schutze der Versorgungsanlagen erforderlich sind (z. B. Aufstellung von Hinweisschildern, Zäunen u. ä.).

§ 8

Soweit eine Schutzbestimmung dieser Verordnung eine Enteignung darstellt, ist dafür nach § 41 NWG Entschädigung zu leisten. Die Höhe der Entschädigung wird auf Antrag gemäß §§ 45 ff NWG von der Bezirksregierung Braunschweig festgesetzt.

§ 9

Wer gegen die Bestimmungen dieser Verordnung verstößt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit wird nach §§ 19, 41 (1) 2. und 41 (2) des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) in der Fassung vom 16. 10. 1976 (BGBl. I S. 3017), den Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 24. 05. 1968 (BGBl. I S. 481), zuletzt geändert durch das Strafverfahrensänderungsgesetz 1979 vom 05. 10. 1978 (BGBl. I S. 1645) und nach § 140 NWG mit einer Geldbuße bis zu 100.000,— DM geahndet.

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Braunschweig in Kraft.

Braunschweig, den 15. Januar 1982

Bezirksregierung Braunschweig

Passow